

## Lissabon im Diskurs

Der Vertrag wird wahrscheinlich das letzte große Stück des EU-Institutionsbaus für viele Jahre sein. Er wirft auch ernste Fragen über den größten Binnenmarkt, die größte Exportgemeinschaft der Welt auf. Wo liegen die Grenzen der Integration dieser Gemeinschaft?

Nach dem Zweiten Weltkrieg mündete Europas Integrationsprozess zunächst in den 70er Jahren in eine Erschöpfung, die man Eurosklerose nannte. Die Staaten der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verringerten ihre Bestrebungen bei der Öffnung der europäischen Märkte und widmeten sich vornehmlich der nationalen Wirtschaftspolitik.

Eine neue Stufe bei der Verwirklichung der europäischen Integration konzipierte sich im Vertrag von Maastricht (1992) über die Europäische Union (EUV). Die Einleitung einer politischen Integration und die Vollendung des Binnenmarktes festigte die Erweiterung institutionell. Im Vertrag von Amsterdam wurden sodann lediglich Details korrigiert, im Vertrag von Nizza ging man gar mit der Entscheidung über die dreifache Mehrheit einen Schritt zurück.

Lissabon ist nun ein weiterer Schritt nach vorne, jedoch auch ein Symbol bürokratischer Intransparenz. Ein unklares, überarbeitetes Dokument des Entwurfs des EU-Vertrags wurde von französischen und holländischen Stimmberechtigten 2005 zurückgewiesen. Die Ziele, die durch den Laeken Gipfel 2001 gesetzt waren, wurden damals verfehlt: Vereinfachung der Regeln, ein klarerer Vertrieb der Macht zwischen Gemeinschaft und den nationalen Regierungen und mehr Bürgernähe. Der deutschen EU-Ratspräsidentschaft war es allerdings in der zweiten Jahreshälfte 2007 gelungen, den Reformprozess wiederzubeleben und den Vertrag von Lissabon als europäisches Reformwerk auf den Weg zu bringen. Dass nun der Lissabon-Vertrag bei insgesamt sechs Referenden dreimal abgelehnt wurde, und zehn Regierungen sich dabei Sonderrechte vorbehalten, ist bedenklich.

Ist die souveräne Staatlichkeit nach Einführung von Kompetenzen der Union in den Feldern Inneres und Justiz einschließlich des Strafrechts noch gewahrt? Zudem ist problematisch, ob der Grad der Demokratisierung der Europäischen Union den Anforderungen der Verfassungen Stand hält. So werden die ausgeweiteten Mehrheitsentscheidungen auf europäischer Ebene nicht nur als Stärkung der Demokratie, sondern von den Gegnern des Vertrages, im Zusammenspiel mit den vorgesehenen Kompetenzverlagerungen, als Schwächung der nationalen Parlamente begriffen.

Jeder andere EU-Vertrag seit den letzten 25 Jahren hat die Samen des folgenden enthalten, einen unaufhaltsamen Integrationsprozess suggerierend. Aber es gibt keine solcher Keime im Lissaboner Geschäft, und die Teilnehmer sind durch die achtjährige Anstrengung erschöpft. Die britischen Konservativen bleiben weiter auf Konfrontationskurs zur Europäischen Union und auch das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Lissabon-Entscheidung betont, dass nach dem Grundgesetz Grenzen für eine Integration bestehen.

Jedoch garantiert die Europäische Union den Mitgliedstaaten nicht nur Ihre Identität, sondern hat wesentlich daran mitgewirkt, dass viele dieser Staaten ihre Souveränität als demokratische Verfassungsstaaten gewonnen haben. Das gilt für die Staaten in Mittel- und Osteuropa, aber auch für das Wiedervereinigte Deutschland.

So werden diese demokratischen Verfassungsstaaten von der Europäischen Union weder rechtlich noch politisch in Frage gestellt, der Einmaligkeit dieser Union, insbesondere des Friedens, der Wirtschaftsgemeinschaft, der Währungsunion und der Grundrechte Rechnung tragend.

Lissabon verbessert das Wahlsystem der EU, koordiniert eine unklare Außenpolitik-Struktur und schafft eine dauerhafte Präsidentschaft im europäischen Rat. Zudem steht Europa an der Spitze im Welthandel, bei der Produktion, in Forschung und Bildung. Dieses Potential muss angemessen organisiert und mit dem Geist europäischer Identität erfüllt werden.

Die selbstständig bleibenden, starken demokratischen Mitgliedstaaten bilden das Fundament eines durch Rat und Europäisches Parlament legitimierten Staatenverbundes. Der Vertrag von Lissabon stellt den Rechtsrahmen und die Instrumente bereit, die erforderlich sind, um den dringlichsten Herausforderungen Europas zu begegnen.

Liegt hierin ein neues Momentum, mit dem Europa seinen Ansprüchen gerecht wird?

Lissabon im Diskurs.

Für weitere Informationen und Fragen:  
Joachim.Dolezik@europakolloquium.eu  
[www.europakolloquium.eu](http://www.europakolloquium.eu)

---